

Klarstellung

Sozialdezernent Arno Goßmann und Sozialamtsleiter Betz haben mit Schreiben an die im Sozialforum vertretenen Kreisorganisationen von DGB, IG BAU, GEW und ver.di vom 8. Januar 2008 Stellung zu einem Flugblatt bezogen, in dem von Ansgar Robel für eine Veranstaltung im Namen des Sozialforums am 11. Dezember 2007 mit dem Titel "Wie wehre ich mich erfolgreich gegen Behörden?" geworben wurde. Die dadurch in den Gewerkschaften ausgelösten Diskussionen nehmen Hartmut Bohrer, Ekbert Lebküchner und Jakob Schäfer - Mitinitiatoren des Sozialforums im Herbst 2003 und vom Sozialforum benannte Kontaktpersonen - zum Anlass folgende Erklärung abzugeben:

Wir verweisen auf die am 8. Dezember 2003 verabschiedete Plattform des Sozialforums, in der sich die beteiligten Organisationen und Einzelpersonen kritisch mit der Politik von "Agenda 2010", "Hartz-Gesetzen" und der Sozialabbaupolitik der Bundesregierung und der Roland-Koch-Landesregierung auseinandersetzen. "Gegen die durchgängige Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau, Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen und zunehmende Umweltzerstörung richten sich die im Sozialforum Wiesbaden versammelten Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen." Dabei versteht sich das Sozialforum als Netzwerk. "Aktionen, die von allen mitgetragen werden sollen, werden im Konsens beschlossen. Wo dies nicht möglich ist, treten einzelne AGs in Aktion, sprechen dann aber nicht für das gesamte Sozialforum."

Die Unterzeichner halten Aktivitäten zur Unterstützung von Hartz-IV-Betroffenen und zur Förderung ihrer Organisation für sinnvoll und notwendig. Das von Ansgar Robel zur Werbung für die Veranstaltung am 11.12.07 verfasste und presserechtlich verantwortete Flugblatt gibt allerdings nicht die Auffassung aller am Sozialforum beteiligten Organisationen und Einzelpersonen zur Arbeit des Wiesbadener Amtes für Soziale Arbeit und deren Abteilungen wie verantwortlichen Abteilungsleiter wieder. Eine pauschale Kritik an den in diesem Amt tätigen Personen halten wir für falsch. Da bis heute die in Wiesbaden zur Anwendung kommenden Verwaltungsrichtlinien für den Bereich SGB II und SGB XII vom Dezernat geheim gehalten werden, lässt sich für Außenstehende auch gar nicht beurteilen, in wie weit von Betroffenen gerichtlich erfolgreich angegriffene Fehlentscheidungen von einer/einem Beschäftigten getroffen wurden oder ob sie qua "Wiesbadener Handbuch" System haben. Eine Veröffentlichung dieser Verwaltungsrichtlinien könnte erheblich zu demokratischer, rechtsstaatlicher Transparenz beitragen. Die Verwaltungspraxis in Wiesbaden sehen wir - ungeachtet der örtlichen Unterschiede - im Wesentlichen verursacht durch die unmenschliche Hartz-IV-Gesetzgebung als Ausfluss so genannter "neoliberaler", gegen eine Sozialstaatlichkeit gerichteter Politik, gegen die wir weiter angehen müssen. Die streckenweise unangemessene Wortwahl eines Einzelnen in einer Veranstaltungsankündigung sollte uns nicht davon abbringen, weiterhin verstärkt gemeinsam im Sozialforum Wiesbaden gegen unsoziale Politik zusammenzuarbeiten. Dabei haben Gewerkschaften einen sehr wichtigen, unverzichtbaren Anteil.

Mit kollegialen Grüßen

Hartmut Bohrer, Ekbert Lebküchner, Jakob Schäfer

Wiesbaden 21.2.2008